



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

Berliner **Einblick :**

25. Juli 2016 | Nr. 21

Pflege geht alle an!

Fraktion-vor-Ort Veranstaltung mit Hilde Mattheis und Wolfram Leibe

Ältere, die sich über eine gute Versorgung in den kommenden Jahren Gedanken machen, aber auch Jüngere, die sich fragen, wie sie die Versorgung der eigenen Eltern mit Beruf und Familienleben vereinbaren können. Um diese und andere Fragen zu diskutieren waren auf meine Einladung am 14. Juni die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis und der Trier Oberbürger-

meister Wolfram Leibe in den vollbesetzten Römersaal des Stifts St. Irminen gekommen. In der Diskussion wurden die vielen Aspekte des Themas deutlich. So verwies Wolfram Leibe auf die großen Herausforderungen, die durch den demographischen Wandel auf die Kommunen zukämen. Hilde Mattheis machte deutlich, wie schnell die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland in letzten Jahren gestiegen sei. Derzeit sind rund 2,6 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Allein bei den Demenzerkrankungen kämen jedes Jahr etwa 40.000 Betroffene hinzu. Bis zum Jahr 2050 werden 4,36 Millionen Pflegebedürftige prognostiziert. Der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen steht ein Mangel an Pflegekräften gegenüber. Im Jahr 2025 könnten laut Schätzungen 152.000 Pflegekräfte fehlen. Wir müssen uns jetzt den Herausforderungen stellen, die in der Pflege und auf dem Arbeitsmarkt auf uns zukommen. Deshalb hat die Große Koalition eine umfassende Pflegereform auf den Weg gebracht.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz I wird etwa die häusliche Pflege gestärkt und die Betreuung in den Pflegeheimen verbessert. Zudem werden Leistungen für Pflegebedürftige ausgebaut, die an psychischen Störungen leiden oder an Demenz erkrankt sind. Mit dem Pflegevorsorgefonds wird ein Sondervermögen gebildet, das die Belastungen für künftige Generationen und der heutigen jungen Generation in den Jahren begrenzt, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das Alter kommen, in dem sie auf Pflege angewiesen sein könnten.

Um die Leistungsverbesserungen und die Einzahlungen in den neuen Pflegevorsorgefonds finanzieren zu



Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung in Trier. Der vollbesetzte Römersaal des Stifts St. Irminen zeigte die Relevanz des Themas.

meister Wolfram Leibe in den vollbesetzten Römersaal des Stifts St. Irminen gekommen.

In der Diskussion wurden die vielen Aspekte des Themas deutlich. So verwies Wolfram Leibe auf die großen Herausforderungen, die durch den demographischen Wandel auf die Kommunen zukämen. Hilde Mattheis machte deutlich, wie schnell die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland in letzten Jahren gestiegen sei. Derzeit sind rund 2,6 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Allein bei



Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD regiert und das mit Erfolg. In den letzten Wochen wurden von uns angekurbelte Gesetzesänderungen im Bundestag angenommen. Neben dem neuen Integrationsgesetz, wurden auch wichtige Änderungen bei Werkverträgen und Leiharbeit umgesetzt. Als SPD-Bundestagsfraktion kämpfen und streiten wir immer weiter für eine sozial gerechte Zukunft.

Neben der aktuellen Bundespolitik berichte ich in diesem Berliner Einblick über viele anderen Themen. Unter anderem über meine Fraktion-vor-Ort Veranstaltung mit Hilde Mattheis und Wolfram Leibe, oder über meine Vertretung bei Jugend im Parlament.

Viel Vergnügen mit der Lektüre.

Liebe Grüße

Katarina

können, wurde der Beitragssatz zum 01.01.2015 zunächst um 0,3 Prozentpunkte angehoben.

Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden deutlich verbessert und flexibilisiert, denn mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt – darunter die große Mehrzahl von ihren Angehörigen. Ihnen wird insbesondere mit den Verbesserungen im Bereich der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie der Tages- und Nachtpflege geholfen. Damit wird dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, zu Hause gepflegt zu werden. Und es werden die Wünsche der vielen pflegenden Angehörigen aufgegriffen, entlastende und unterstützende Pflegeleistungen flexibler in Anspruch nehmen zu können.

Das Familienpflegezeitgesetz regelt, dass Beschäftigte, die in einer akut auftretenden Situation zum Beispiel nach einem Schlaganfall eines Angehörigen dessen Pflege organisieren müssen, für zehn Tage eine Lohnersatzleistung aus der Pflegekasse erhalten. Dieses Pflegeunterstützungsgeld ist vergleichbar

mit dem Kinderkrankengeld und fängt den Großteil des Verdienstaufalles während dieser Zeit auf. Zudem können Beschäftigte die zehn Tage flexibel in Anspruch nehmen.

Der Kern des Pflegestärkungsgesetzes II ist die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs: Dieser bezieht im

kungen von Demenzkranken gleichrangig in der Begutachtung behandelt.

Die Pflegestärkungsgesetze und die deutliche Verbesserung der Lebensumstände für Pflegebedürftige und Pflegenden war wichtig und überfällig. Dazu gehört für uns an erster Stelle faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Keine Pflege nach Minuten mehr und



Knapp 70 Menschen sind der Einladung gefolgt und hörten Hilde Mattheis MdB und Wolfram Leibe Oberbürgermeister der Stadt Trier zu.

Gegensatz zur bisherigen Definition von Pflegebedürftigkeit nicht nur die körperlichen Einschränkungen von Menschen mit ein, sondern körperliche, geistige und psychische Beeinträchtigungen der Selbständigkeit werden gleichermaßen berücksichtigt. Damit werden Einschrän-

die Abschaffung von Gebühren in der Pflegeausbildung – das sind ganz konkrete Fortschritte für Menschen, die es verdient haben.

Mein Tagespraktikum bei Katarina Barley

Aktion Tagwerk im Wahlkreisbüro

Geschrieben von Simon Ossadnik, 17, 11. Klasse des Max-Planck Gymnasiums Trier

Am 11. Mai 2016 durfte ich im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Trier, Katarina Barley, einen Tag ehrenamtlich für die Aktion Tagwerk arbeiten. Im Rahmen der Aktion Tagwerk arbeiten jedes Jahr tausende SchülerInnen ehrenamtlich einen Tag lang. Der erarbeitete Lohn wird aber nicht ausbezahlt, sondern gespendet. Durch diese Spenden werden wohltätige Projekte in Afrika,

zum Beispiel Projekte zur Einrichtung von Freizeit- und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Frauen in Uganda oder zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in Burundi, gefördert. Auch meine Schule nahm an diesem Projekt teil.

So hatte sich auch für mich die Frage gestellt, wo ich mein Tagespraktikum absolvieren würde. Ich habe mich sehr gefreut, als ich schließlich erfuhr, dass Katarina Barley und ihr Wahlkreisbüro gerne bei diesem Projekt mitmachen und mich einen Tag lang als

Mitarbeiter beschäftigen. Von diesem Tagespraktikum habe ich mir erhofft, einen Einblick zu bekommen, wie der politische Alltag hinter den Kulissen abläuft, wie politische Veranstaltungen organisiert und beworben werden und wie sich um die Bürgeranliegen gekümmert wird.

Gleich zu Anfang meines Arbeitstages wurde mir klar, dass ich nicht nur stiller Beobachter sein würde. Jeden Tag muss sich das Büro mit einer Vielzahl an Bürgeranfragen und mit organisatorischer Arbeit beschäftigen.

So musste ich unter anderem Kontakt mit dem Auswärtigen Amt aufnehmen, um die Familienzusammenführung einer syrischen Flüchtlingsfamilie zu unterstützen, und telefonisch Kontakt zur SPD-Bundestagsfraktion aufnehmen, um rechtliche Fragen zu klären. Rücksprachen mit anderen Ab-

Mitglied des Deutschen Bundestages, mitverfolgen. Die anfallenden Arbeiten sind zwar stressig und zeitintensiv, es wird dafür aber nie eintönig oder langweilig, weil es immer etwas zu tun gibt und jeder Bürger Anliegen hat, die auch bearbeitet werden müssen.



Simon Ossadnik arbeitete einen Tag im Wahlkreisbüro für den guten Zweck.

Alles in allem kann ich sagen, dass mir der Tag im Bürgerbüro sehr gefallen hat. Es war spannend und informativ, einen solchen Einblick in den politischen Arbeitsalltag zu bekommen – und zugleich wohl-tätige Projekte in

geordneten und politischen Instanzen sind für eine produktive Arbeit als Abgeordnetenbüro absolut notwendig. Ich durfte ebenso die Entstehung und Veröffentlichung einer Pressemitteilung zum ‚Tag der Pflege‘ und die Organisation einer Veranstaltung zum Thema ‚Pflege‘ mit einem weiteren

Afrika zu unterstützen. Ich bedanke mich bei Katarina Barley und ihrem Büro für diese einmalige Gelegenheit und für ihre großzügige Spende an Aktion Tagwerk.

Otto-Wels-Preis 2016

Manuel Beh aus Gusterath gewinnt Otto-Wels-Preis der SPD

Der Trierer Abiturient Manuel Beh wurde in Berlin von der SPD-Bundestagsfraktion mit dem „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ ausgezeichnet. Mit einem Kreativbeitrag gewann er den 3. Platz eines Wettbewerbs.

werbungen aus dem ganzen Bundesgebiet gingen ein – drei davon waren so herausragend, dass sie im Rahmen des alljährlichen Frühjahrsempfangs der SPD-Bundestagsfraktion prämiert wurden.

Unter dem Motto „Zukunft Europa(s)“ hatte die SPD-Bundestagsfraktion junge Erwachsene aufgerufen, sich mit der Zukunft der europäischen Idee auseinanderzusetzen. Dutzende Be-

Laudatorin war die aus dem Iran stammende Schauspielerinnen und Sängerin Jasmin Tabatabai. Sie lobte Manuels Essay für seine meinungsstarke und deutliche Haltung, wie und warum

Filmvorstellung **MUSTANG** in Trier voller Erfolg!

Rund 100 Interessierte folgten am 18. Mai meiner Einladung, sich den Film **MUSTANG** im Broadway Filmtheater in Trier anzuschauen. Darunter waren auch Bewerberinnen für den diesjährigen Girls' Day der SPD-Bundestagsfraktion.

Anschließend diskutierten wir mit der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elke Ferner, und der Frauenbeauftragten der Stadt Trier, Angelika Winter, über Gleichberechtigung und selbstbestimmtes Leben.

Diskussion über den Bundesverkehrswegeplan

Als Gast zur Diskussion über den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans konnte ich den Kollegen und verkehrspolitischen Sprecher Gustav Herzog, MdB aus Kaiserslautern, am 14.06.16 gewinnen. Mit Abgeordneten aus Rheinland-Pfalz und der Region wurde über die neuen Pläne von Verkehrsminister Dobrindt (CSU) diskutiert. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Auswirkungen der Pläne auf Rheinland-Pfalz und speziell für die Region Trier und den Kreis Trier-Saarburg.



Seit dem 20. Juni arbeitet Sabrina Schneider in meinem Abgeordnetenbüro

in Berlin. Sabrina hat an der Universität Trier Philosophie, Interkulturelle Gender Studies und Politikwissenschaft studiert. Zurzeit arbeitet sie an ihrer Masterarbeit in Berlin.

IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 11.11.2015 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Leif Knappe [LK] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 20.07.2016

Rechtsextremismus bekämpft werden müsse. Den ersten Preis gewann der Berliner Stefan Endeward für seine Kurzgeschichte, eine Rede von Clea Kleffmann aus Recklinghausen den zweiten Preis. Alle erhielten von den SPD-Abgeordneten gestiftete Geldpreise.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann

zeigte sich beeindruckt vom enormen „Ideenreichtum“ der Teilnehmerinnen und Teilnehmer – Europa brauche mehr überzeugte Europäerinnen und Europäer. „Es ist wichtig, das Bewusstsein gerade auch der jungen Generation dafür zu schärfen, dass die Grundlagen unserer Demokratie immer

wieder erneuert und verteidigt werden müssen“, sagte Oppermann in seiner Rede zur Verleihung.



Für sein Essay zum Thema Demokratie und Rechtsextremismus erhielt der Trierer Abiturient Manuel Beh den Otto-Wels-Preis der SPD-Bundestagsfraktion beim Frühjahrsempfang in Berlin.

Von links nach rechts: SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, Manuel Beh, Bundestagsabgeordnete und SPD-Generalsekretärin Katarina Barley, Schauspielerin Jasmin Tabatabai.

SPD bekämpft Missbrauch von Leiharbeit und Werksverträgen! Gesetzentwurf zur Regulierung schafft klare Strukturen und schützt Arbeitnehmer.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit wird jetzt für 1 Million Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen Realität. Andrea Nahles hat sich gegen die Widerstände der CDU/CSU durchgesetzt und die Arbeitnehmerseite massiv gestärkt. Der Gesetzentwurf kann nun ins Kabinett und ins Parlament eingebracht werden.

Wir möchten nicht die Leiharbeit abschaffen. Deutschland benötigt Werkverträge und Arbeitnehmerüberlassung, kurzfristige Auftragsspitzen abfedern können. Arbeitsplätze werden hierdurch gesichert und zusätzliche auf Zeit geschaffen. Aber wir wollen den Miss-

brauch, wie Lohndumping und unwürdige Arbeitsbedingungen verhindern. Deshalb begrenzen wir die maximale Entleihdauer auf 18 Monate im Entleihbetrieb. Gewerkschaften dürfen eine längere Ausleihdauer mit den Betrieben verhandeln, um im Gegenzug die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten dauerhaft zu verbessern. Das stärkt die Tarifbindung

und die Gewerkschaften. Zudem konnte die SPD durch ein hartes Ringen mit dem Koalitionspartner erreichen, dass be-



Foto: spdfraktion.de

reits nach 6 Wochen eine Lohnerhöhung für LeiharbeiterInnen einsetzt.

Auch länger ausgeliehene Arbeitnehmer profitieren, weil nach 15 Monaten der gleiche Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden muss. Durch das Verbot des Einsatzes von Leiharbeitern als Streikbrecher setzen wir einen klaren Anreiz für konstruktives Aushandeln von Tarifverträgen.

Die SPD bringt Licht in die Grauzone der Werkverträge. Wir schaffen mehr Transparenz, damit Betriebsräte in Zukunft über alle nötigen Informationen verfügen, um ihre Beteiligungsrechte

wahrnehmen zu können. Wir schreiben gesetzlich fest, wer Arbeitnehmer ist, indem wir die höchstrichterliche Rechtsprechung anwenden. Und wir schaffen eine größere Rechtssicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durch die Abgrenzung von abhängiger und selbstständiger Beschäftigung. Außerdem verhindern wir durch die längst überfällige Abschaffung der „Vorratsverleiherlaubnis“ den Missbrauch von Scheinwerkverträgen. Damit nehmen wir Arbeitgebern die Möglichkeit, die

vermeintlichen Werkverträge, als nachträglich als Leiharbeit zu deklarieren. Im Missbrauchsfall werden die Beschäftigte durch das Einsatzunternehmen abgesichert.

Wir sichern durch diesen Gesetzentwurf Stammarbeitsplätze und verhindern den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit. Dadurch kommen wir dem Ziel näher, Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen.

Eindrücke der Jurastudentin Ruolin Zhang aus China

Dreimonatiges Praktikum bei Katarina Barley im Deutschen Bundestag

Eindrücke der Jurastudentin Ruolin Zhang aus China während ihres dreimonatigen Praktikums bei Katarina Barley im Deutschen Bundestag.

„Ich bin Ruolin Zhang, 22-jährige Studentin aus der Provinz Hebei in China. Zurzeit studiere ich Jura und Deutsch an der Universität für Politikwissenschaft in Peking. Von April bis Juni diesen Jahres habe ich im Rahmen eines Austauschprogramms der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Praktikum im Berliner Büro von Katarina Barley gemacht. Das war für mich eine glückliche Erfahrung, denn während des Praktikums habe ich viel erfahren und gelernt.“

Erfahrungen in Berlin

Ich war zum ersten Mal in Deutschland. Da ich zuvor nur eine sehr abstrakte Vorstellung von Deutschland hatte, hatte ich große Angst, dass ich die Arbeit nicht erfolgreich erledigen kann. Aber die Mitarbeiterinnen von Katarina haben mir viel geholfen. Es gab viele Veranstaltungen für Praktikantinnen und Praktikanten, die sich mit den aktuellen Problemen und wichtigen politischen Themen befassen. Dadurch habe ich die Auffassungen

von vielen Abgeordneten erfahren, viele Orte, wie zum Beispiel das Willy-Brandt-Haus und den Bundesrat, besichtigt und andere Praktikanten aus Deutschland

buch und Bürgerliche Gesetzbuch in Anlehnung an die deutsche Rechtsordnung. Gleichzeitig wurden viele deutsche Gesetzbücher ins Chinesische übersetzt.



Ruolin Zhang über Mitglieder des Bundestages: „Deutsche Abgeordnete sind weise, energisch, zielstrebig und ambitioniert“

und dem Ausland kennengelernt.

Als Jurastudentin habe ich großes Interesse an der deutschen Rechtsordnung, da sie der chinesischen Gesetzgebung als Vorbild diente. Um 1900 haben die chinesischen Herrscher der Qing Dynastie viele Forscher nach Deutschland entsandt, um die Theorie zu lernen. Damals entstanden das chinesische Strafgesetz-

Bis heute gibt es viele Ähnlichkeiten zwischen der deutschen und chinesischen Rechtsordnung, besonders in den Bereichen von Zivilrecht und Strafrecht. Als ich von dem Praktikum erfahren habe, habe ich mich sofort angemeldet. Wenn man etwas umfassend lernen will, ist das Lernen aus der Praxis auch eine gute Methode.

Da der Bundestag das gesetzgebende Organ in Deutschland ist, konnte ich viel über das Grundgesetz und das Gesetzgebungsverfahren, die Demokratie und das politische System in Deutschland erfahren. Außerdem habe ich den Alltag und die Aufgaben der Abgeordneten kennengelernt. Ihre ausgezeichneten Eigenschaften - weise, energisch, zielstrebig, ambitioniert usw. - hatten eine große Anziehungskraft auf mich.

In den Sitzungswochen gibt es viele Sitzungen von Ausschüssen und den Arbeitsgruppen. Dabei geht es um den Entwurf und die Veränderungen von den Gesetzen. Die Abgeordneten diskutieren hitzig miteinander. Besonders gefallen haben mir die Plenarsitzungen. Die Abgeordneten befragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierung nachhaltig, bis sie eine zufriedenstellende Antwort bekommen. Das ist eine wunderbare Erinnerung für mich.

Eindrücke in Trier

Ich habe auch eine Woche im Wahlkreis Trier verbracht. Trier ist eine schöne Stadt mit wunderbarer Landschaft. Die vielen historischen Sehenswürdigkeiten, wie Porta Nigra, Konstantinbasilika und Trierer Dom, sind typische Bauwerke im westlichen Baustil und ganz unterschiedlich von dem Baustil in China, was mich besonders anzieht. Für mich war der Besuch des Karl-Marx-Hauses sehr interessant, da ich zwar die Theorie von Karl Marx gut kenne, aber nicht Karl Marx. Darin habe ich eine umfassende Vorstellung von der Person Karl Marx erworben. In Trier habe ich zusammen mit Katarina an einer Aufnahme von einer TV-Sendung teilgenommen. An diesem Tag hatte Katarina einen vollen Terminkalender. Aber bei der Aufnahme war sie immer voller Energie und guten Ideen. Den ganzen Nachmittag wanderten wir in Trier. Nach der Aufnahme war ich sehr müde. Aber Katarina war schon auf dem Weg zum nächsten Termin. Ihre Energie

und Intelligenz haben mich tief beeindruckt.

Mein Fazit

Das Praktikum hat meinen Horizont erweitert. Ich habe eine Phase, in der die Abgeordneten den Entwurf heftig diskutieren, im Gesetzgebungsverfahren erlebt. Ich habe auch erfahren, wie beschäftigt eine Abgeordnete ist. Besonders wichtig ist, dass ich die Auffassungen von vielen Abgeordneten erfahren habe. Diese Auffassungen haben mehr oder weniger meine eigene Idee beeinflusst und mich nachdenklich gestimmt. Mit einem Wort ist das Praktikum eine wunderschöne Erfahrung.

Nach dem Praktikum gehe ich direkt nach China zurück und setze mein Studium fort. Nach dem Studium studiere ich weiter als Bachelor chinesisches und deutsches Recht. Danach verbringe ich ein Jahr in Deutschland, um einen LL.M.-Grad zu studieren.

Integrationsgesetz - Ein historischer Schritt

Mehr Rechtssicherheit und bessere Vermittlung in Arbeit

Es ist nicht übertrieben, das geplante Integrationsgesetz als historischen Schritt zu bezeichnen. Ein solches Gesetz, das Maßnahmen bündelt, um die Geflüchteten besser zu integrieren, gab es in Deutschland bis dato noch nicht. Endlich können wir klare und verbindliche Regeln für die Integration schaffen und Flüchtlingen helfen, schnell auf eigenen Beinen zu stehen. Das ist ein großer Erfolg für die SPD und ein zentraler Schritt hin zu einem Einwanderungsgesetz.

Klar ist: Ein gemeinsames Gesetz mit der Union besteht immer aus Kompromissen, die uns nicht leicht fallen. Aber es gilt auch: Wir konnten richtungs-

weisende Maßnahmen und Erleichterungen zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt umsetzen.

Die SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Pflichten und Rechte hierbei im Einklang miteinander stehen.

Wir sind der Überzeugung: Damit der Start in ein neues

Leben gelingt, braucht es ein „Fördern und Fordern“. Unser Ziel ist es, den Flüchtlingen eine echte Perspektive für einen Neustart in

Deutschland zu eröffnen und bessere Bleibeperspektiven zu schaffen.



Foto: spdfraktion.de

Mehr Rechtssicherheit

Konkret bedeutet das: Künftig wird es mehr Rechtssicherheit für Flücht-

linge, aber insbesondere auch für Arbeitgeber die engagiert Geflüchtete in Arbeit bringen wollen, geben. Flüchtlinge, die eine schulische oder betriebliche Ausbildung absolvieren, erhalten eine Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Danach können sie für mindestens zwei Jahre in Deutschland arbeiten. Zudem verfolgen wir mit der Schaffung von zusätzlichen 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Asylsuchende zwei Ziele: Erstens werden die Flüchtlinge niedrigschwellig an den Arbeitsmarkt herangeführt und können dort eigene Erfahrungen sammeln. Zweitens üben sie eine sinnvolle und gemeinnützige Beschäftigung aus, die konkret zur Teilhabe und Akzeptanz von Schutzsuchenden vor Ort beiträgt.

Frühzeitige Teilnahme an Integrationskursen

Erstmals ermöglichen wir, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber auch während des Verfahrens zum Integrationskurs verpflichtet werden. Zusätzlich weiten wir die Verpflichtungsmöglichkeit für anerkannte Flüchtlinge aus. Wir wollen, dass die Geflüchteten so schnell wie möglich Deutsch lernen. Wer seinen Lebensunterhalt überwiegend sichern kann und Deutsch auf dem Niveau A2 spricht, erhält die

Niederlassungserlaubnis nach fünf Jahren. Die Union wollte höhere Anforderungen. Doch wir haben durchgesetzt, die besondere Situation von Flüchtlingen zu berücksichtigen: Ihre Startbedingungen sind schwieriger als die von einwandernden Hochqualifizierten oder Studierenden. Wer darüber hinausgehende, herausragende Integrationsleistungen erbringt, kann die Niederlassungserlaubnis wie bisher schon nach drei Jahren bekommen. Das gilt für alle, die Deutsch auf dem Niveau C1 sprechen und ihren Lebensunterhalt weit überwiegend sichern können.

Wohnsitzzuweisung: Soziale Brennpunkte verhindern, Integrationsangebote erhalten

Der Gesetzentwurf sieht zudem die befristete Einführung einer Wohnsitzzuweisung für anerkannte Flüchtlinge vor. Nur wenn wir die Verteilung auf Länder und Kommunen besser steuern, können wir gewährleisten, dass sie ausreichend Wohnraum sowie Sprach- und Integrationsangebote erhalten. Hiermit wollen wir die Integration verbessern und die Entstehung sozialer Brennpunkte vermeiden. Die SPD hat darauf geachtet, dass die Auflage einer raschen Eingliederung in Arbeitsmarkt und Gesellschaft nicht entgegensteht: Ausnahmen gelten für diejenigen, die

eine Ausbildung, ein Studium oder eine nicht nur geringfügige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden, selbst wenn das Einkommen noch nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts einer ganzen Familie ausreicht.

Einige Aspekte hätten wir anders gestaltet. Wir glauben beispielsweise nicht, dass die neuen Sanktionen im Bereich der Integrationskurse oder Arbeitsgelegenheiten im geplanten Maß notwendig sind. Bislang scheitert es nicht am Interesse der Menschen, sondern im Gegenteil an den Kapazitäten: Die Nachfrage nach Integrationskursen und Arbeitsgelegenheiten übersteigt das bisherige Angebot deutlich. Deshalb werden diese Sanktionen wohl wenig zur Anwendung kommen. Auch setzen wir uns für eine weitere Öffnung des Zugangs zur Arbeits- und Ausbildungsförderung für Asylbewerberinnen und -bewerber aus Afghanistan ein, deren Schutzquote derzeit nur knapp unter 50 Prozent liegt.

Mit dem Integrationsgesetz werden wir die Integration von Schutzsuchenden in Ausbildung und Arbeit so früh wie möglich fördern und den Weg für Flüchtlinge hin zu Nachbarn und Kolleginnen und Kollegen ebnen. Auf diese Weise stärken wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.



Jugend im Parlament

Thomas Schleimer nahm am Planspiel des Deutschen Bundestages teil!

Auf meine Einladung hat der Trierer Schüler Thomas Schleimer am Planspiel „Jugend im Parlament“ des Deutschen Bundestages teilgenommen. Der 19-jährige besucht die 13. Klasse der Berufsbildenden Schule für Wirtschaft in Trier. Gemeinsam mit 315 Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet simulierte er vom 4. bis zum 7. Juni die parlamentarische Arbeit in Berlin.

An den Originalschauplätzen im Reichstag schlüpfte er und weitere Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren in die Rollen von Abgeordneten und brachten vier Gesetzesentwürfe durch das Gesetzgebungsverfahren. Dabei lernten sie die Arbeit der Abgeordneten kennen indem sie Fraktionen, Ausschüsse und Landesgruppen bildeten. Auch der Austausch mit den „echten“ Bundestagsab-

geordneten war fester Bestandteil des Programms. Und so lautete das Fazit von Thomas Schleimer am Ende: „Es war richtig spannend, die Rolle eines Abgeordneten zu übernehmen und innerhalb der verschiedenen Gremien um eine gemeinsame Linie ringen zu müssen. Die parlamentarische Arbeit wurde sehr realitätsnah vermittelt.“



Konnte im Planspiel „Jugend im Parlament“ an Originalschauplätzen erleben wie die Arbeit von Abgeordneten funktioniert, Thomas Schleimer aus Trier.

Sanierung der Burgruine Saarburg

Bund beteiligt sich mit 140.000 Euro

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat im Juni insgesamt 140.000 Euro für die Sanierung der Burgruine Saarburg freigegeben. Die Mittel stammen aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm VI, mit dem sich der Bund seit Jahren an der Sanierung von national bedeutsamen Denkmälern in ganz Deutschland beteiligt.

Wegen der Vielzahl von Bewerbungen bundesweit war ein intensives Auswahlverfahren notwendig. Nur ein Teil der

Anträge konnte positiv beschieden werden. Umso mehr freue ich mich, dass die Burgruine Saarburg von den Mitteln des Denkmalschutz-Sonderprogramms VI profitiert.

Insgesamt stehen 20 Millionen Euro Bundesmittel für den Denkmalschutz zur Verfügung, mit dem bundesweit 138 Denkmalschutzprojekte gefördert werden.

